

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1994

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

a) Geschäftsverteilung

Es sind zugewiesen

dem 1. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht einem anderen Senat zugewiesen,
2. des Rechts der freien Berufe und des Kammerrechts,
3. des Vereins- und Versammlungsrechts,
4. des Staatsangehörigkeitsrechts,
5. des Ausländerrechts, soweit nicht dem 9. R-Senat zugewiesen,
6. des Polizei- und Ordnungsrechts mit Ausnahme der mit den Rechtsgebieten anderer Senate zusammenhängenden ordnungsrechtlichen Streitigkeiten,
7. des Waffenrechts,
8. des Heimrechts, soweit nicht dem 4. R-Senat zugewiesen,
9. des Währungs- und Umstellungsrechts,
10. des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung;

dem 2. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts des öffentlichen Dienstes einschließlich des Dienstrechts der Soldaten sowie des Rechts der Wehrpflichtigen und der Zivildienstpflichtigen, soweit nicht dem 8. oder 10. R-Senat zugewiesen,
2. des Wiedergutmachungsrechts;

dem 3. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Lastenausgleichsrechts einschließlich der Schadenfeststellungen,
2. des Besatzungsschadenrechts,
3. des Währungsausgleichs- und Altspareerrechts,
4. des Flüchtlingshilfegesetzes,
5. des Reparationsschädengesetzes,
6. des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes,
7. des Sachleistungsrechts,
8. des Gesundheitsverwaltungsrechts einschließlich des Rechts der Heil- und Heilhilfsberufe und des Krankenhausfinanzierungsrechts (einschließlich Festsetzung von Pflegesätzen und der Aufbringung von Finanzierungsmitteln) sowie des Seuchenrechts,
9. des Rechts der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Förderungsmaßnahmen sowie des Tierzucht- und Tierseuchenrechts,
10. des Tierschutz- und Pflanzenschutzrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materialien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
11. des Lebensmittelrechts und des Rechts der Ernährungswirtschaft, soweit nicht der 7. R-Senat zuständig ist,
12. des Jagd- und Fischereirechts,
13. des Rechts des Außenhandels und des Interzonenhandels;

dem 4. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts einschließlich des Garagenrechts, ferner der Gewerbeordnung und der Heimmindestbauverordnung, soweit das Schwergewicht auf der Anwendung baurechtlicher Vorschriften liegt,
2. des Straßen- und Wegerechts mit Ausnahme von Streitigkeiten über nicht anliegerbezogene Sondernutzungen,
3. des Rechts der Anlegung und des Betriebes von Flugplätzen (§§ 6 ff. des Luftverkehrsgesetzes),
4. des Rechts der Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung,
5. des Kleingartenrechts,
6. des Naturschutzrechts einschließlich naturschutzrechtlicher Abgaben, des Landschaftsschutzrechts und des Denkmalschutzrechts,

7. des Wasser- und Deichrechts sowie des Rechts der Wasser- und Bodenverbände, soweit nicht der 8. R-Senat zuständig ist,

8. des Bergrechts,

9. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt;

dem 5. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts einschließlich des Asylbewerberleistungsrechts und der Tbc-Hilfe für den öffentlichen Dienst,
2. der Kriegsofferfürsorge,
3. des Schwerbehindertenrechts,
4. des Mutterschutzrechts,
5. des Jugendhilfe- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (6. R-Senat Nr. 6);

dem 6. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts der Kriegsdienstverweigerung,
2. des Personalvertretungsrechts und des Richtervertretungsrechts,
3. des Schul- und Hochschulrechts,
4. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschließlich der ersten und zweiten jur. Staatsprüfung,
5. des Namensrechts,
6. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften;

dem 7. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts der Anlegung von Schienenwegen,
2. des Umweltschutzrechts, soweit nicht dem 3. oder 4. R-Senat zugewiesen, insbesondere des Atomrechts, des Abfallbeseitigungsrechts, des Chemikalienrechts, des Gentechnikrechts und des Immissionsschutzrechts,
3. des Rechts des Baues von Wasserstraßen,
4. des Rundfunkrechts einschließlich des Rechts der Rundfunkanstalten, des Filmrechts einschließlich des Filmförderungsrechts und des Presserechts,
5. des Kommunalrechts, soweit nicht das Schwergewicht bei Materialien liegt, die einem anderen Senat zugewiesen sind,
6. des Wahlrechts und des Rechts der politischen Parteien,
7. des Rechts zur Regelung von Vermögensfragen, insbesondere nach dem Vermögensgesetz und der Anmeldeverordnung, dem Investitions- und Investitionsvorrangsgesetz, dem Treuhandgesetz, dem Kommunalvermögensgesetz und dem Vermögenszuordnungsgesetz,
8. des Rechts der Ernährungswirtschaft, soweit die Sachen im Jahre 1992 eingegangen sind,
9. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt,
10. Sachen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;

dem 8. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts und des Zivildienstrechts, soweit es um die Heranziehung zum und die Entlassung aus dem Dienstverhältnis geht, einschließlich des Rechts der Unterhaltssicherung und des Arbeitsplatzschutzes,
2. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungsrechts einschließlich des Wohngeldrechts sowie des Mietpreisrechts,
3. des Erschließungs-, des Erschließungsbeitrags-, des Baugebühren-, des Baufolgeabgabenrechts sowie des Rechts der Abwasserabgaben nach dem Abwasserabgabengesetz und nach wasserverbandsrechtlichen Vorschriften,
4. des sonstigen Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, das einem anderen Senat zugewiesen ist;

dem 9. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Asyl- und des Asylverfahrensrechts einschließlich der abschiebungsrechtlichen Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge,
2. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts,
3. des Rechts der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge, soweit nicht dem 3. R-Senat zugewiesen;

dem 10. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

des Reisekosten-, Umzugskosten- und Trennungsgeldrechts;

dem 11. R-Senat

die Sachen aus den Gebieten

1. des Rechts der Förderungsmaßnahmen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft, soweit nicht der 7. R-Senat zuständig ist, sowie der Gasölbetriebsbeihilfe,
2. des Rechts der Verkehrswirtschaft und des Verkehrsrechts sowie die Streitigkeiten über nichtanliegerbezogene Straßen-Sondernutzungen,
3. des Flurbereinigungsrechts und des Rechts des ländlichen Grundstücksverkehrs,
4. der Ausbildungs-, Graduierten- und Berufsbildungsförderung,
5. des Postrechts.

b) Schlußbestimmungen

1. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige Senat. Das gilt auch für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
2. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrundeliegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
3. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Fall einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.

4. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

II. Disziplinarsenate

Es sind zugewiesen

dem 1. D-Senat

alle Beamtendisziplinarsachen mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren insoweit, als er in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat,

dem 2. D-Senat

die Wiederaufnahmesachen insoweit, als der 1. D-Senat in den früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen

dem 1. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung,

dem 2. WD-Senat

die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung.

2. In Wiederaufnahmeverfahren entscheidet

der 1. WD-Senat, wenn der 2. WD-Senat,

der 2. WD-Senat, wenn der 1. WD-Senat

in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen aus der Zeit vor Errichtung des 2. WD-Senats gelten als Entscheidungen des 1. WD-Senats.

IV. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 VwGO.

B. Besetzung

I. Revisionssenate

1. R-Senat

Vorsitzender Richter	Meyer
Richterin	Dr. Scholz-Hoppe
Richter (stellv. Vorsitzender)	Gielen (zugleich mit Verwaltungsaufgaben betraut)
Richter	Dr. Kemper
Richter	Dr. Mallmann
Richter	Dr. Hahn

2. R-Senat

Vizepräsidentin	Dr. Franke
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Lemhöfer (zugleich 2. D-Senat)
Richter	Dr. O. Müller
Richter	Dr. Maiwald
Richterin	Dr. Haas

3. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Dickersbach
Richter (stellv. Vorsitzender)	Sommer
Richter	van Schewick
Richter	Dr. Pagenkopf
Richter	Dr. Borgs-Maciejewski
Richter	Vallendar

4. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Gaentzsch
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Dr. Berkemann
Richter	Hien
Richter	Dr. Lemmel
Richterin	Heeren
Richter	Halama

5. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Hömig
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Pietzner
Richter	Schmidt
Richter	Dr. Rothkegel
Richter	Dr. Rojahn
Richter	Kimmel

6. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Niehues (zugleich 2. D-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Ernst
Richter	Dr. Seibert (zugleich 2. D-Senat)
Richter	Albers
Richter	Dr. Vogelgesang
Richterin	Eckertz-Höfer

7. R-Senat

Präsident	Dr. Franßen
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Paetow
Richter	Dr. Bardenhewer
Richter	Dr. Bertrams
Richter	Kley
Richter	Herbert

8. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Kleinvogel
Richter (stellv. Vorsitzender)	Prof. Dr. Driebehaus
Richter	Dr. Silberkuhl
Richter	Dr. Honnacker
Richter	Sailer

9. R-Senat

Vorsitzender Richter	Seebass
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Säcker
Richter	Dr. Bender
Richter	Dawin
Richter	Dr. Henkel
Richter	Hund

10. R-Senat

Vorsitzender Richter	Bermel (zugleich 1. D-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Hartmann (zugleich 1. und 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Gödel (zugleich 1. und 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Czapski (zugleich 1. D-Senat)
Richter	Mayer (zugleich 1. D-Senat)

Richter

Dr. H. Müller (zugleich 1. D-Senat)
(vom Tage seiner Ernennung zum Richter am Bundesverwaltungsgericht)

11. R-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Diefenbach
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Bonk
Richter	Dr. Storost
Richter	Dr. Kugele
Richter	Kipp

II. Disziplinarsenate

1. Richter

1. D-Senat

Vorsitzender Richter	Bermel (zugleich 10. R-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Hartmann (zugleich 10. R-Senat, 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Gödel (zugleich 10. R-Senat, 2. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Czapski (zugleich 10. R-Senat)
Richter	Mayer (zugleich 10. R-Senat)
Richter	Dr. H. Müller (zugleich 10. R-Senat) (vom Tage seiner Ernennung zum Richter am Bundesverwaltungsgericht)

2. D-Senat

Vorsitzender Richter	Dr. Niehues (zugleich 6. R-Senat)
Richter (stellv. Vorsitzender)	Dr. Hartmann (zugleich 10. R-Senat, 1. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)
Richter	Dr. Lemhöfer (zugleich 2. R-Senat)
Richter	Dr. Seibert (zugleich 6. R-Senat)
Richter	Gödel (zugleich 10. R-Senat, 1. D-Senat und zeitweil. Mitglied der WD-Senate)

2. Ergänzungsrichter für den 1. D-Senat

Als Ergänzungsrichter werden die nicht am Verfahren beteiligten Richter des 1. D-Senats in der Reihenfolge des Dienstalters, beginnend mit dem Dienstjüngsten, hilfsweise die Richter des 2. D-Senats in der bezeichneten Reihenfolge herangezogen. Diese Regelung gilt auch, wenn im Laufe des Geschäftsjahres mehrmals ein Ergänzungsrichter benötigt wird.

3. Ehrenamtliche Richter

Die Beamtenbeisitzer der D-Senate werden von dem Vorsitzenden des 2. D-Senats und dem stellvertretenden Vorsitzenden des 1. D-Senats gemäß § 55 Abs. 3 BDO ausgelost. Sind diese Richter verhindert, die Auslosung vorzunehmen, regelt sich ihre Vertretung nach Abschn. C III. Nr. 1 Buchstabe b) dieses Geschäftsverteilungsplanes sowie innerhalb des 1. und 2. D-Senats nach der vom Vorsitzenden gemäß § 21 g GVG getroffenen Regelung.

Die ausgelosten Beamtenbeisitzer werden für den 1. und 2. D-Senat in getrennten Jahreslisten zusammengefaßt. Die D-Senate ziehen die in diesen Listen aufgeführten Beamtenbeisitzer nach Maßgabe der §§ 49, 55 BDO heran.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

1. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Seide
Richter (stellv. Vorsitzender)	Wolbring
Richter	Wehrl
Richter	Dr. Widmaier (zugleich 2. WD-Senat)
Richter	Dr. Bosch

2. WD-Senat

Vorsitzender Richter	Hacker
Richter	Dr. Schwandt
Richter (stellv. Vorsitzender)	Roth
Richter	Dr. Widmaier
	(zugleich 1. WD-Senat)

2. Ehrenamtliche Richter

Die ehrenamtlichen Richter der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 73, 68 WDO berufen.

IV. Großer Senat

Mitglied kraft Amtes

Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts als Vorsitzender
Vertreter

Das dienstälteste Mitglied des Großen Senats

Bestellte Mitglieder gemäß § 11 Abs. 6 Satz 1 VwGO:

Senat	Mitglied	Vertreter
1. R	Richter Gielen	Richter Dr. Kemper
2. R	Vizepräsidentin Dr. Franke	Richter Dr. Lemhöfer
3. R	Richter Sommer	Richter van Schewick
4. R	Vorsitzender Richter Dr. Gaentzsch	Richter Prof. Dr. Dr. Berkemann
5. R	Richter Dr. Pietzner	Richter Schmidt
6. R	Vorsitzender Richter Dr. Niehues	Richter Ernst
7. R		Richter Dr. Paetow
8. R	Vorsitzender Richter Dr. Kleinvogel	Richter Prof. Dr. Drieaus
9. R	Richter Dr. Säcker	Richter Dr. Bender
10. R	Vorsitzender Richter Bermel	Richter Gödel
11. R	Richter Dr. Bonk	Richter Dr. Storost

Bestellte Mitglieder gemäß § 11 Abs. 6 Satz 2 VwGO:

1. D	Richter Gödel	Richter Czapski
2. D	Richter Dr. Seibert	Richter Dr. Lemhöfer
1. WD	Richter Wolbring	Richter Wehrl
2. WD	Vorsitzender Richter Hacker	Richter Dr. Schwandt

V. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

1. Mitglieder kraft Amtes:

- a) der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts,
- b) die Vorsitzenden der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts.

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat, bei Verhinderung des Vorsitzenden eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

Mitglieder durch Entsendung für das Geschäftsjahr 1994:

Senat	Mitglied	1. Vertreter	2. Vertreter
	Richter	Richter	Richter
1. R	Gielen	Dr. Kemper	Dr. Mallmann
2. R	Dr. Lemhöfer	Dr. O. Müller	Dr. Maiwald
3. R	Sommer	van Schewick	Dr. Pagenkopf
4. R	Prof. Dr. Dr. Berkemann	Hien	Dr. Lemmel
5. R	Dr. Pietzner	Schmidt	Dr. Rothkegel
6. R	Ernst	Dr. Seibert	Albers
7. R	Dr. Paetow	Dr. Bardenhewer	Dr. Bertrams
8. R	Prof. Dr. Drieaus	Dr. Silberkuhl	Dr. Honnacker
9. R	Dr. Säcker	Dr. Bender	Dawin
10. R	Gödel	Czapski	Mayer
11. R	Dr. Bonk	Dr. Storost	Dr. Kugele
1. D	Gödel	Czapski	Mayer
2. D	Dr. Lemhöfer	Dr. Seibert	Gödel
1. WD	Wolbring	Wehrl	Dr. Widmaier
2. WD	Dr. Schwandt	Roth	Dr. Widmaier
Großer Senat	VRi Bermel	VRi Dr. Niehues	Prof. Dr. Dr. Berkemann

C. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten und Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Bei Verhinderung aller Mitglieder eines Senats ist Vorsitzender der dienstälteste nach III. berufene Richter.

III. Vertretung der Beisitzer

1. Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 4 VwGO i. V. m. § 21 g GVG zu treffenden Anordnung. Zum ständigen Vertreter beim 8. R-Senat wird RiBVerwG Vallendar bestimmt.

Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer,

a) bei den Revisionssenaten

- aa) sich gegenseitig die Beisitzer des 1. und 9. Senats, die Beisitzer des 2. und 6. Senats, ausgenommen in Verfahren aus dem Recht der Kriegsdienstverweigerung, in denen die Beisitzer des 6. Senats durch diejenigen des 8. Senats vertreten werden, die Beisitzer des 7. und 8. Senats, die Beisitzer des 10. und 11. Senats,

- bb) die Beisitzer des 3. Senats die des 4. Senats, die Beisitzer des 4. Senats die des 5. Senats, die Beisitzer des 5. Senats die des 3. Senats;

b) bei den Disziplinarsenaten

- die Beisitzer des 1. und 2. Senats sich gegenseitig, bei deren Verhinderung die Beisitzer des 2. R-Senats,

c) bei den Wehrdienstsenaten

- die Beisitzer des 1. und 2. Senats sich gegenseitig.

2. Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat — bei den Disziplinar- und Wehrdienstsenaten jeweils längstens für eine Sitzungsperiode — beginnt am 1. Januar 1994 mit dem dienstjüngsten Beisitzer und setzt sich in der Reihenfolge des Dienstalters fort. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen.

Soweit über Nr. 1 Buchst. a und b hinaus in den Revisions- und Disziplinarsenaten eine Vertretung erforderlich wird, werden alle Richter von allen beisitzenden Richtern der Revisions- und Disziplinarsenate, beginnend mit dem dienstjüngsten und fortlaufend in der Reihenfolge des Dienstalters, vertreten.

3. Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 73 Abs. 2 Satz 4 WDO) werden die Richter Gödel und Czapski zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen nächsten Vertretungsfall übernimmt.

4. Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des eine Vertretung benötigenden Senats vom Vorsitzenden des vertretenen Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungsplanes benannt.

Die Feststellung der richtigen Besetzung des aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unberührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung eines Mitglieds und seines bestellten Vertreters werden die Mitglieder des jeweiligen Senats nach der Reihenfolge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen.